



PRESSEINFORMATION

Gewerbe auf dem Schlachthofgelände muss erhalten bleiben Mönninghoff lässt Betriebe im Regen stehen.

Die FDP-Fraktion ist verärgert über den Umgang der Verwaltung mit den Betrieben auf dem ehemaligen Schlachthofgelände. Der Erbbaurechtsvertrag auf dem ehemaligen Schlachthofgelände läuft im Dezember 2011 aus. Den über 60 dort ansässigen Betrieben läuft die Zeit davon. Die Verwaltung fängt aber erst jetzt langsam an, sich Gedanken über die Zukunft des Geländes zu machen.

Dazu der Vorsitzende der FDP Ratsfraktion, Wilfried H. Engelke: „Die Betriebe dort brauchen Planungssicherheit. Und zwar nicht erst 2011, wenn der Vertrag ausläuft, sondern jetzt. Anders als offenbar die Verwaltung, müssen Kleinbetriebe langfristig planen. Ich habe das Gefühl, man will das Gewerbe an der Röpkestraße ausbluten lassen.“

Falls die Verwaltung bereit wäre, das Schlachthofgelände an einen Trägerverein zu verkaufen, hätten wir einen klassischen Fall für die Wirtschaftsförderung der Stadt. Die scheint allerdings kein Interesse zu haben. Wenn aber jemand kommt und eine Firma gründen möchte, weil er irgendwann einmal einen blinkenden Taschenrechner erfinden will, erhält er jede Menge Hilfe von der Wirtschaftsförderung. Wenn dagegen über sechzig alteingesessene Kleinbetriebe eine Anschubhilfe für die Übernahme und Fortentwicklung ihres Geländes brauchen, lässt die Stadt sie im Regen stehen.

Ich fordere daher unverzügliches Handeln von der Verwaltung:

1. Hilfestellung und Beratung für die Gründung eines Trägervereins.
2. Verbindliche Aussagen, wie der Fortbestand des Gewerbegebiets gesichert werden kann.
3. Eine Anschubhilfe durch die Wirtschaftsförderung der Stadt.
4. Schaffung verbindlichen Baurechts zur Standortsicherung.

Aus meiner Sicht ist das Gelände für große Firmen nicht attraktiv. Das ist genau der richtige Standort für einen Gewerbehof für kleine und mittelgroße Betriebe. Die Mieten müssen bezahlbar bleiben. Bei einem Verkauf des Grundstücks an einen Trägerverein oder ähnliches muss der Kaufpreis erschwinglich sein.

Wenn Herr Mönninghoff meint, zwei Stunden vor der Anhörung im BZR Südstadt-Bult zur Zukunft des Schlachthofgeländes mal eben das Problem der Betriebe in einem 5-Minuten-Gespäch klären zu wollen, zeigt das die Inkompetenz dieses Wirtschaftsdezernenten und sein mangelndes Interesse für das Kleingewerbe. Mönninghoff sitzt lieber im weichen Sessel in der Vorstandsetage eines Großkonzerns und redet über die Weltwirtschaft, als sich vor Ort intensiv mit den Nöten und Sorgen hannoverscher Kleinbetriebe zu beschäftigen.

Statt über ein neues millionenteures Ratshaus nachzudenken, sollte sich der Oberbürgermeister lieber um die Zukunft des hannoverschen Kleingewerbes kümmern, dem mit wenig Geld schnell und effektiv geholfen werden kann. Wenn Wirtschaftsdezernent Mönninghoff das nicht kann oder will, muss der Oberbürgermeister handeln – JETZT!“

Wilfried H. Engelke
Fraktionsvorsitzender

Hildesheimer Strasse 7
30169 Hannover
Tel.: 0511 168 45659
Fax: 0511 168 45223
fdp@hannover-stadt.de